

Datenlage verbessern, Gesundheitsversorgung fördern

Bielefelder Forscher leitet WHO-Studie

Das Regionalbüro Europa der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat einen neuen Bericht zur Datenlage von Gesundheit und Gesundheitsversorgung von Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchteten in der Europäischen Region veröffentlicht. Die Erkenntnisse sollen den 53 Mitgliedsstaaten der WHO Region helfen, die Datenlage durch internationale Abstimmungsprozesse und nationale Maßnahmen zu verbessern. Die von der WHO in Auftrag gegebene Studie entstand unter der Leitung von Professor Dr. Kayvan Bozorgmehr, Fakultät für Gesundheitswissenschaften an der Universität Bielefeld und Forschungsgruppenleiter am Universitätsklinikum Heidelberg.

„Verlässliche Daten zur Gesundheit und Gesundheitsversorgung einer Bevölkerung sind essentiell um gesundheitspolitische Maßnahmen auf einer wissenschaftlich fundierten Basis zu planen“, sagt Kayvan Bozorgmehr, Professor für Bevölkerungsmedizin und Versorgungsforschung. „Für Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchtete ist die Datenlage jedoch oft lückenhaft. Dies führt dazu, dass soziale Ungleichheiten und wichtige Erkrankungsmuster unerkannt bleiben. In unserer Studie fassen wir die Erkenntnisse zur Datenlage in der WHO Region Europa zusammen und leiten wichtige Handlungsoptionen zur Verbesserung der Datenlage ab.“

In einer umfassenden Literaturrecherche untersuchten die Forschenden die Datenquellen und Ergebnisse von über 700 Studien, welche in dem Zeitraum zwischen 2000 und 2018 Daten über die Gesundheitslage von Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchteten in den Mitgliedsstaaten des WHO Regionalbüros Europa berichten. „Unsere Studie zeigt, dass lediglich 25 der 53 Mitgliedstaaten der WHO Region routinemäßig Daten zur Gesundheit und Gesundheitsversorgung bei Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchteten erheben und berichten“, sagt Louise Biddle, federführende Ko-Autorin und Wissenschaftlerin am Universitätsklinikum Heidelberg.

„Nur wenige Länder haben integrierte Datenerhebungssysteme und bevölkerungsbasierte Register, die Aussagen auf einer nationalen Ebene erlauben. Viel häufiger sind fragmentierte Systeme, die auf meldepflichtigen Erkrankungen oder Krankenakten basieren. “Zudem würden bestehende Möglichkeiten zur Verbesserung der Datenlage nicht ausgeschöpft. „Durch migrationssensible Bevölkerungsbefragungen sowie gezielte Verknüpfung verschiedener Datenbanken können auch Länder ohne einheitliche, bevölkerungsbasierte Register die Datensituation verbessern“, stellt Rosa Jahn, Ko-Autorin und Wissenschaftlerin am Universitätsklinikum Heidelberg, zusammenfassend fest.

„Unser Bericht stellt jedoch nicht nur eine wichtige Bestandsaufnahme dar“, so Kayvan Bozorgmehr. „Die Studie soll zudem politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger bei Reformbemühungen unterstützen. Sie können aus den Ergebnissen Handlungsoptionen zur Verbesserung der Datengrundlage für Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchtete ableiten. Diese Optionen beinhalten Definitionen der jeweiligen Bevölkerungsgruppen, bessere Koordination und Steuerung der routinemäßigen Datenerhebungen, regelmäßige Analysen der Datenlage, die Ausweitung bestehender Datenerhebungssysteme auf Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchtete und die Förderung des Austauschs von Erfahrungen und Expertise zwischen den Mitgliedsstaaten bezüglich der Datenerhebungssysteme in ihrem jeweiligen Gesundheitssystem. “ Diesen Prozess begleitet das Programm „Migration und Gesundheit“ im Regionalbüro der Direktion der WHO Region Europa. „Der Bericht ist eine Schlüsselpublikation und Teil unserer

übergreifenden Aufgabe, Entscheidungsträger über wissenschaftliche Evidenz zu Migration und öffentlicher Gesundheit zu informieren“, erklärt Santino Severoni, WHO Sonderberater für Migration und Gesundheit und Leiter des Programms.

Außerdem sei es erforderlich, den Missbrauch von Gesundheitsdaten für politische und behördliche Zwecke außerhalb des Gesundheitssektors vorzubeugen, so die Forscherinnen und Forscher. Dabei schreiben sie der WHO eine besondere Rolle zu, um koordinative Aufgaben im Rahmen ihres Mandats für Gesundheitsthemen im System der Vereinten Nationen wahrzunehmen.

Der Bericht erschien im Rahmen des „Health Evidence Network“ (HEN), einem Informationsdienst für gesundheitspolitische Entscheidungsträger in der Europäischen Region der WHO, welcher Entscheidungsträger bei der Verwendung von neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen im Entscheidungsprozess im Licht der nationalen Gegebenheiten unterstützt. Ziel der HEN Berichte ist es, die Zusammenhänge zwischen wissenschaftlicher Evidenz, Gesundheitspolitik und Verbesserung der öffentlichen Gesundheit zu stärken.

Weitere Informationen:

- [Volltext des Berichts](#) (in englischer Sprache): “What is the evidence on availability and integration of refugee and migrant health data in health information systems in the WHO European Region? (2019)
- [Health Evidence Network](#) (HEN) der WHO Europa Region
- [Weitere Projekte an der AG Bevölkerungsmedizin und Versorgungsforschung](#) zur Datenlage im Kontext Migration und Gesundheit